



2/2018



**75. Geburtstag von
ZDB-Präsident Loewenstein**

Seite 4 – 5

BauForum Mittelstand

Seite 8 – 9

10. Wohnungsbau-Tag in Berlin

Seite 12 – 13

**TOP
PREIS**

**BETRIEBS-
HAFTPFLICHT**

**TOP
LEISTUNG**



TIL SCHWEIGER IN

DER BAUPROTECTOR



DIE VHV SCHÜTZT BAUBETRIEBE VOR RIESIGEN RISIKEN

Auf einer Baustelle kann jeden Tag Unvorhergesehenes passieren – schon kleine Fehler können zu hohen Schadensersatzansprüchen führen. Als Bauspezialversicherer bietet die VHV Ihnen maximalen Schutz mit der wahrscheinlich besten Betriebshaftpflicht am Markt. Regelmäßige Leistungs-Updates sichern unsere Kunden vor neuen Risiken. So wurden mit dem aktuellen Produkt wichtige Leistungsverbesserungen eingeführt, wie der Schutz bei Drohneinsätzen und Nachbesserungsbegleitschäden bis 300.000 EUR. Für eine schnelle und unkomplizierte Schadensregulierung stehen Ihnen kompetente Experten zur Seite.

Mehr Infos unter 0180.22 32 100* oder unter vhv-bauexperten.de

* Festpreis 6 Cent pro Anruf, aus Mobilfunknetzen höchstens 42 Cent pro Minute.



Sehr geehrte Damen und Herren,

nach rekordverdächtigen 170 Tagen, die seit der Bundestagswahl vergangen sind, war es Mitte März soweit: Das Regierungsbündnis von CDU/CSU und SPD wurde offiziell vereidigt und kann nun endlich mit der ordentlichen Arbeit beginnen.

Die **Einschätzung des Koalitionsvertrags** der nicht mehr ganz so „Großen Koalition“ erlaubt ein ambivalentes Urteil für das Baugeschehen: Es ist zu begrüßen, dass in vielen Bereichen Investitionsanreize zu finden sind. So wird mit der „Wohnraumoffensive“ oder der Einführung des „Baukindergelds“ wie auch der Fortführung der energetischen Gebäudesanierung der gesamte Bereich Wohnungsbau gefördert. Auch der Erhalt der Investitionslinie Verkehr mit rund 14 Milliarden Euro jährlich ist ein Signal in die richtige Richtung.

Andererseits planen die Koalitionäre, die ohnehin schon umfangreichen Regelungen im Bereich Arbeitsrecht weiter auszubauen, beispielsweise im Bereich der sachgrundlosen Befristung. Das sehen wir mit großer Skepsis. Gerade jetzt, wo die Baunachfrage groß ist,

dürfen übertriebene Reglementierungen nicht zu neuer Bürokratie und Eingriffen in die Planung der Baubetriebe führen.

Wir werden uns daher weiter für die Interessen unserer Mitgliedsbetriebe einsetzen. Unsere Forderung, die Kompetenzen für Verkehr und Bauen wieder in einem Ressort zusammenzuführen, wurden leider nicht aufgegriffen. Allerdings wurde das Thema Bauen im **Deutschen Bundestag** noch einmal aufgewertet und es wird nun ein eigener **Fachausschuss** eingesetzt. Das begrüßen wir sehr, zeigt es doch, dass man die drängenden Herausforderungen im Bereich Bauen erkannt zu haben scheint.

Die Erwartungen an die neue Bundesregierung waren auch Gesprächsgegenstand beim **BauForum Mittelstand**, das Mitte Februar in Berlin stattgefunden hat. Schwerpunktthema der gemeinsamen Veranstaltung von ZDB und HDB waren die öffentlichen Investitionen auf kommunaler Ebene. In den Gesprächsbeiträgen der Gäste und Experten aus Politik, Wissenschaft und öffentlicher Verwaltung wurde deutlich, dass mangelndes Fachwissen in den Bauverwaltungen und langwierige Planungsverfahren zu den wesentlichen Herausforderungen in der Umsetzung öffentlicher Bauinvestitionsvorhaben zählen. Bereits zum Ende der letzten Legislaturperiode wurde vom Bundesverkehrsministerium eine Strategie zur Planungsbeschleunigung vorgestellt - wir werden die Initiativen der neuen Bundesregierung in dieser Hinsicht aufmerksam und konstruktiv begleiten.

Bereits zum 10. Mal hat das Verbände-bündnis „Kampagne Impulse für den Wohnungsbau“, an dem auch der ZDB beteiligt ist, Anfang März den **Wohnungsbau-Tag** veranstaltet. Zusammen mit Gästen der Bundes-, Länder- und Kommunalebene wurde das Problem des Wohnungsmangels thematisiert. Diese breite Zusammenarbeit ist auch dringend nötig: Bereits in diesem Jahr droht die geplante „Wohnbauoffensive“ der neuen Bundesregierung, ihr Ziel von 375.000 neu gebauten Wohnungen nicht zu erreichen, unter anderem aufgrund von Rückgängen bei den Baugenehmigungen. Hier gilt es also, den Worten auch wirklich Taten folgen zu lassen!

Aber es gibt fernab des Tagesgeschäfts in einer Verbandsorganisation auch immer wieder besondere Anlässe. Einer von diesen besonderen Anlässen war der **75. Geburtstag unseres Präsidenten, Dr.-Ing. Hans-Hartwig Loewenstein**. An der Festveranstaltung nahmen neben zahlreichen Weggefährten Loewensteins auch etliche Gäste aus Politik und Öffentlichkeit teil – ein Zeichen dafür, dass unsere Arbeit wahrgenommen und geschätzt wird. Lieber Herr Dr. Loewenstein, wir gratulieren nochmals!

Ab sofort können Sie diese Zeitschrift übrigens auch bequem online lesen: Der ZDB veröffentlicht seine Periodika nun auch in einer neuen **App**, dem „**Bau-Kiosk**“. Selbstverständlich stellen wir Ihnen aber auch weiterhin gerne die Printausgabe zur Verfügung.

Ihr

RA Felix Pakleppa

ZDB-Präsident Loewenstein feiert Geburtstag

Der ZDB ehrt seinen Präsidenten mit einer Festveranstaltung

Am 21. Februar 2018 würdigte der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB) mit einer Festveranstaltung den 75. Geburtstag seines Präsidenten, Dr.-Ing. Hans-Hartwig Loewenstein. Zahlreiche Gäste aus Politik und Öffentlichkeit wie auch aus der Baubranche gratulierten.

„Wir haben genau den richtigen Ort für diese Veranstaltung ausgewählt“, kommentierte Felix Pakleppa, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbands Deutsches Baugewerbe, in seinen Begrüßungsworten die altherwürdige Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, direkt am Berliner Gendarmenmarkt. Schließlich sei Hans-Hartwig Loewenstein so etwas wie ein „Universalgelehrter“ der Baubranche und habe als Vorkämpfer für die Belange der Baubetriebe eingestanden, wie es die Gründungsväter der Akademie im Geiste der Aufklärung taten.

Rund 120 geladene Gäste waren gekommen, um gemeinsam den runden Geburtstag des ZDB-Präsidenten zu würdigen, unter ihnen auch Dr. Barbara Hendricks, geschäftsführende Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. „Sie waren stets einer meiner wichtigsten Ansprechpartner, wenn es um baugewerbliche Themen ging“, hob sie in ihrer Laudatio die Bedeutung Loewensteins als Präsident des Spitzenverbands hervor. Man habe gemeinsam gute Rahmenbedingungen für die Bauwirtschaft befördern können, wodurch das Baugewerbe aktuell in so stabiler Verfassung sei. Als „großer Kämpfer“ und mit „Leidenschaft für die Sache“ sei Hans-Hartwig Loewenstein bestrebt gewesen, für die Belange der mittelständischen Baubetriebe einzutreten. „Unternehmer wie Hans-Hartwig Loewenstein bilden die zentrale Säule der deutschen Volkswirtschaft und es ist gut, dass er sich mit seiner Erfahrung so umfassend in die Verbandsorganisation einbringt“, lobte die Ministerin die langjährige Tätigkeit des ZDB-Präsidenten im Einsatz für seinen Berufsstand.

Auch Rainer Bomba, Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, und Matthias Machnig, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, brachten in ihren Grußworten die Wertschätzung für die Arbeit Loewensteins zum Ausdruck. Bomba bezeichnete Loewenstein als „verlässlichen, wichtigen Partner“, der als Verfechter der Ziele seines Verbands zwar hart in der Sache gewesen sei, dabei aber immer fair ge-

blieben wäre. „Wir haben viel verhandelt, und am Ende ist immer etwas Positives dabei herausgekommen“, würdigte der Staatssekretär die Hartnäckigkeit des ZDB-Präsidenten. Dass es um die deutsche Bauwirtschaft derzeit so gut bestellt sei, dürfe er als Geburtstagsgeschenk für sich selbst beanspruchen.

Dem pflichtete auch Matthias Machnig in seiner Ansprache bei. „Hans-Hartwig Loewenstein war ein Vorkämpfer dafür, die Investitionen in Infrastruktur wieder ganz oben auf die Tagesordnung zu setzen.“ Der ZDB-Präsident habe nicht ideologisch, sondern mit großem Sachverstand die Interessen seiner Mitgliedsbetriebe vertreten. Er ermutigte den Jubilar, unbequem zu bleiben und auch weiter einmal gegen den Strich zu bürsten, wo dies notwendig sei. Die Präsenz von Vertretern aus mehreren Ministerien verdeutlichte auch, dass Loewenstein selbst bei einer komplexen Ressortzuständigkeit stets auf die Wahrnehmbarkeit der Anliegen aus der Bauwirtschaft geachtet hat.

„Unternehmer wie
Hans-Hartwig Loewenstein
bilden die zentrale Säule
der deutschen
Volkswirtschaft“

Dr. Barbara Hendricks

Hans-Hartwig Loewenstein hat sich dabei für Allianzen mit den Partnern der Bauwirtschaft eingesetzt. Hans Peter Wollseifer, Präsident des Zentralverbands des deutschen Handwerks, wies auf die Bedeutung des Baugewerbes als Schwergewicht in der deutschen Volkswirtschaft hin. In seinem Grußwort nahm Wollseifer auf die berufliche Heimat des ZDB-Präsidenten Bezug. „Als Unternehmer im Straßenbau war Hans-Hartwig Loewenstein am Fortkommen und der Mobilität interessiert – und auch in der Verbandsarbeit ging es ihm darum, Wege zu ebnen“. Auf Loewenstein, einen „hartnäckiger Streiter für die Interessen der mittelständischen Bauwirtschaft“, sei Verlass, in Berlin wie in Brüssel.

Rainer von Borstel, Hauptgeschäftsführer des Verbands baugewerblicher Unternehmer Hessen, reihte sich in Vertretung seines erkrankten Präsidenten ebenfalls in die Reihe

der Gratulanten ein. Man habe den jetzigen ZDB-Präsidenten zwar auch mit einem weinenden Auge von Hessen nach Berlin ziehen lassen, der Einsatz sei aber belohnt worden. „Politische Entscheidungsträger sind durch die fast Mantra-artigen Wiederholungen Loewensteins gezwungen, sich mit den Themen der Bauwirtschaft auseinanderzusetzen.“ Loewenstein würde, wie für einen typischen Hessen üblich, Konflikte in aller Offenheit angehen, um letzten Endes aber immer zu einem versöhnlichen Ende zu kommen.

Eine besondere Überraschung erwartete den Jubilar schließlich zum Ende der Veranstaltung: ZDB-Vizepräsident Franz-Xaver Peteranderl zeichnete Hans-Hartwig Loewenstein für seine Verdienste um das deutsche Baugewerbe mit dem Ehrenring des deutschen Baugewerbes aus. In seiner Laudatio ging Peteranderl auf das unbedingte Eintreten für die Belange der mittelständischen Bauwirtschaft ein, das die Präsidentschaft Loewensteins charakterisierte. „Wir können Hans-Hartwig Loewenstein als unermüdlichen Anwalt bezeichnen, der fortwährend für die Interessen ‚seiner‘ Mitgliedsbetriebe gekämpft hat“. Bescheiden und wissbegierig habe Loewenstein dafür gesorgt, dass das Baugewerbe auf dem politischen Parkett wahrgenommen wurde. „Mit schon fast an Aktionismus grenzenden Eifer“ war der ZDB-Präsident beispielsweise in mehreren Arbeitsgruppen und Kommissionen vertreten und nahm sich auch neuerer Themen wie der Digitalisierung an. Peteranderl dankte Hans-Hartwig Loewenstein im Namen von Vorstand und Geschäftsführung abschließend für seine Arbeit an der Spitze des Bauverbands. (da)



Dr.-Ing. Hans-Hartwig Loewenstein mit Frau Dorothea und der damaligen Bundesbauministerin, Dr. Barbara Hendricks



ZDH Präsident Hans Peter Wollseifer



Staatssekretär Rainer Bomba



Staatssekretär Matthias Machnig



Rainer von Borstel, Hauptgeschäftsführer des Verbands baugewerblicher Unternehmer Hessen



ZDB-Vizepräsident Franz-Xaver Peteranderl überreicht den Ehrenring des Deutschen Baugewerbes



Zahlreiche geladene Gäste wohnten dem Festakt in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften bei.

Mehr Geld, aber auch mehr Regulierungen: Die Einschätzung zum neuen Regierungsprogramm

Noch nie hat die Regierungsbildung nach einer Bundestagswahl so lange gedauert wie nach der Wahl 2017. Die neue Bundesregierung steht nun in den Startlöchern und das Regierungsprogramm liegt vor. Aus Sicht des Baugewerbes finden sich darin gute Anreize für Investitionen, aber auch neue Regulierungen im Bereich Arbeitsrecht.

Zweifelhafter Rekord in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: Über 160 Tage hat es seit der Bundestagswahl im September 2017 gebraucht, bis nach dem Mitgliedervotum der SPD Anfang März dieses Jahres grünes Licht für das neue Regierungsbündnis gegeben werden konnte. Nach einer Zeit, die im wahrsten Sinne des Wortes durch viel Hin und Her geprägt war, steht nun die neue Bundesregierung in den Startlöchern.

Der Blick in den 177 Seiten umfassenden Koalitionsvertrag zeigt, dass sich im Regierungsprogramm von CDU/CSU und SPD für das Baugewerbe Licht und Schatten finden lassen. Das Licht überwiegt hierbei: Obwohl die Ausweitung sozialstaatlicher Leistungen die betriebliche Entwicklung hemmt, finden sich richtige Investitionsanreize im Wohnungsbau, in der energetischen Sanierung oder für die Verkehrswege. Die Kapital im Detail:

1. Bauen

Das Kapitel „Bauen“ enthält vielversprechende Anreize. Es ist zu begrüßen, dass die Bundesregierung den Wohnungsbau ankurbeln will und das Ziel ausgegeben hat, 1,5 Millionen Wohnungen in der laufenden Legislaturperiode neu zu bauen („Wohnungsbauoffensive“). Der Bund will auch über

2019 hinaus den sozialen Wohnungsbau fördern und mindestens zwei Milliarden Euro investieren. Zu diesem Zwecke muss, das Grundgesetz geändert werden, was bereits in der vergangenen Legislaturperiode vom ZDB befürwortet wurde.

Geeinigt hat man sich auf die Einführung eines Baukindergeldes. Um Familien beim Eigentumserwerb zu unterstützen, sollen Familien, deren zu versteuerndes Haushaltseinkommen unter 75.000 Euro liegt, zehn Jahre lang pro Kind jährlich 1.200 Euro erhalten. Zusätzlich wird pro Kind ein Freibetrag in Höhe von 15.000 Euro eingeführt.

Die energetische Gebäudesanierung soll fortgeführt und die Programme besser untereinander abgestimmt werden. Außerdem soll sie steuerlich gefördert werden; die Antragsteller erhalten darüber hinaus ein Wahlrecht zwischen einer Zuschussförderung und einer Reduzierung des zu versteuernden Einkommens.

Auch für den frei finanzierten Wohnungsbau sollen steuerliche Anreize geschaffen werden. Dazu wird eine bis Ende 2021 befristete Sonderabschreibung eingeführt, die zusätzlich zur linearen Abschreibung von zwei Prozent über vier Jahre fünf Prozent beträgt.

Den Ländern soll ermöglicht werden, den erstmaligen Grunderwerb von der Grunderwerbsteuer freizustellen oder ihn mit Freibeträgen zu versehen.

Außerdem soll der Bund den Städten und Gemeinden helfen, günstig Bauland zu beschaffen, indem bundeseigene Grundstücke

zu günstigeren Bedingungen abgegeben werden. Die Gemeinden sollen ungenutztes Bauland zudem höher besteuern können.

Leider hat man sich darauf verständigt, die Mietpreisbremse durch eine gesetzliche Auskunftsspflicht des Vermieters bezüglich der Vormiete zu verschärfen. Die Modernisierungumlage wird in Gebieten geltender Kappungsgrenzen für fünf Jahre befristet von 11 auf 8 Prozent abgesenkt. Mit einer neuen Kappungsgrenze darf die Miete künftig nach einer Modernisierung nicht um mehr als 3 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche innerhalb von 6 Jahre erhöht werden. Die Verschärfungen werden sich auf die Modernisierungsquote und damit auch auf den Klimaschutz kontraproduktiv auswirken.

Mit einem Planungs- und Beschleunigungsgesetz will man mehr Dynamik in die Bereiche Verkehr, Infrastruktur, Energie und Wohnen bringen.

Die Koalitionsarbeitsgruppe Wirtschaft hatte in ihrem Abschlusspapier die Abschaffung der VOB durch Integration in eine Vergabeverordnung vorgesehen. Dagegen haben wir entschieden protestiert, so dass daraus nun ein Prüfauftrag geworden ist.

Auf der anderen Seite haben sich die Baupolitiker im Kapitel „Innovation und Wirtschaftlichkeit beim Bauen“ zum Erhalt der VOB „als faire, wettbewerbsneutrale und von allen Bauverbänden getragene Verfahrensregelung garantiert gute Bauleistungen. Sie ist zu sichern und anwenderorientiert weiterzuentwickeln“ bekannt.



Das Bau-Kapitel enthält richtige Investitionsanreize, bspw. ein „Baukindergeld“.



Auch im Verkehrsbereich soll weiter investiert werden.

2. Verkehr

Der Forderung des ZDB nachkommend, will die neue Bundesregierung Diesel-Fahrverbote (Stichwort „Blaue Plakette“) vermeiden. Ob das nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 27. Februar 2018 gelingen wird, bleibt allerdings abzuwarten. Ebenso wurde von einer Ausdehnung der Maut auf Fahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht von 3,5 t bis 7,5 t abgesehen, die wir bereits während der Sondierungsgespräche sehr kritisch kommentiert haben.

Die Mittel für die Verkehrsinvestitionen sollen „mindestens auf dem heutigen Niveau“ mit rund 14 Mrd. Euro² fortgeführt werden. Die Mittel für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz sollen bis 2021 auf jährlich eine Milliarde Euro erhöht und danach dynamisiert für Aus- und Neubaumaßnahmen zur Verfügung gestellt werden.

Entgegen der Vorstellung des deutschen Baugewerbes hat man sich zur Frage von ÖPP als Beschaffungsmaßnahme im Koalitionsvertrag darauf verständigt, die ÖPP-Projekte der Staffeln 1-3 zu realisieren. Erfreulich dabei ist aber, dass die Realisierung unter den Vorbehalt gestellt wird, dass deren Wirtschaftlichkeit auf Basis der mit dem Bundesrechnungshof abgestimmten Regularien transparent nachgewiesen werden muss. Hierbei wurde eine Forderung des Baugewerbes aufgegriffen.

3. Meisterpflicht

Nachdem im Sondierungspapier keine Aussage zur Frage der Rückführung von

B1-Handwerken in die Anlage A enthalten war, ist man im Koalitionsvertrag doch präziser geworden und hat sich klar zum Meisterbrief bekannt: „Wir werden den Meisterbrief erhalten und verteidigen. Wir werden prüfen, wie wir ihn für einzelne Berufsbilder EU-konform einführen können“³. Aus Sicht der mittelständischen Bauwirtschaft ist diese Haltung zu begrüßen.

4. Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Die Sozialversicherungsbeiträge sollen bei unter 40 Prozent stabil gehalten werden. Ob das angesichts der Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung, der geplanten „Grundrente“, der „Mütterrente II“ und der Beibehaltung eines Rentenniveaus von 48 % gelingen kann, bleibt abzuwarten.

Einen Beitrag zu einem faireren Wettbewerb im Baugewerbe kann die vorgesehene Altersvorsorgepflicht für alle Selbständigen leisten, bei der sie zwischen einer Absicherung in der Rentenversicherung oder anderen insolvenzsicheren Lösungen wählen können (Opt-out-Lösung).

Sachgrundlos befristete Arbeitsverträge werden künftig gesetzlich auf eineinhalb statt bisher zwei Jahre begrenzt. Kettenbefristungen werden abgeschafft. Für die Betriebe deutet diese Regelung einen wesentlichen Rückschritt.

Auch das Recht auf befristete Teilzeit für Unternehmen mit mehr als 45 Mitarbeitern greift in die unternehmerische Freiheit der Betriebe ein und reguliert das Arbeitsrecht

ein Stück mehr. Außerdem soll die Einführung einer Gründerzeit ähnlich der Familienpflegezeit geprüft werden, um Gründungen aus der Beschäftigung heraus zu erleichtern. Diese Regelung geht stark zu Lasten des Arbeitgebers, der somit in seinem Betrieb die eigene Konkurrenz fördern muss.

5. Umwelt, Klimaschutz

Positiv ist, dass sich die große Koalition im Bereich der Kreislaufwirtschaft darauf geeinigt hat, Abfallvermeidung und Recycling zu stärken, die Einsatzmöglichkeiten für recycelte Materialien zu verbessern und entsprechende Anreize zu prüfen.

Die Mantelverordnung soll auch in dieser Legislaturperiode wieder auf den Tisch kommen, nachdem sie im September 2017 kurz vor der Bundestagswahl vom Bundesrat gestoppt worden war. In Anbetracht der 300 Anträge, die seitens der Länder im Bundesrat eingegangen sind, will man den einfachen Weg gehen und den Ländern per Öffnungsklausel gestatten, länderspezifische Regelungen weiterhin beizubehalten. Das ist insofern problematisch, als dass dadurch ein Flickenteppich entstehen wird und sich Unternehmer eben nicht nur auf die Vorgaben der Bundesebene verlassen können. (ji)

¹ Koalitionsvertrag, S. 116

² Koalitionsvertrag, S. 74

³ Koalitionsvertrag, S. 65



Gutes Signal: Klares Bekenntnis zum Meisterbrief.



Die bürokratieintensive Mantelverordnung soll nochmals überprüft werden.

Kommunale Investitionen im Mittelpunkt des BauForums Mittelstand 2018

Am 21. und 22. Februar 2018 luden der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB) und der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB) gemeinsam zum BauForum Mittelstand 2018. Zusammen mit Gästen aus Politik, Wissenschaft und öffentlicher Verwaltung wurden Herausforderungen und Chancen im Bereich der Investitionstätigkeit auf kommunaler Ebene beleuchtet.

Bereits zum dritten Mal haben die beiden Bauspitzenverbände Unternehmerinnen und Unternehmer aus ganz Deutschland zu der gemeinsamen Fachkonferenz geladen. Ihnen bot sich ein Programm mit hochrangigen Vertretern aus Politik und Wissenschaft, auch die Seite der öffentlichen Hand war vertreten. Die anwesenden Unternehmer hatten Gelegenheit, mit Carsten Linnemann (MdB), Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, und Kerstin Andreae (MdB), wirtschaftspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Grüne im Deutschen Bundestag, aktuelle Anliegen der Bauwirtschaft zu thematisieren. Der CDU-Politiker äußerte sich zu den für die Baubranche relevanten Themen aus dem vorliegenden Koalitionsvertrag. „Wir sehen den Meisterbrief nicht als nicht-tarifäres Handelshemmnis, sondern als Qualitäts- und Bildungsstandard“, kommentierte er das Vorhaben, die Wiedereinführung der Meisterpflicht für einige Gewerke in der beginnenden Legislaturperiode zu prüfen. Es sei wichtig, dass Politik nicht zur Schaffung eines falschen Klimas beitrage, warnte er vor falschen Maßnahmen in der Gebäudesanierung oder nicht zielführenden Investitionsanreizen.

Kerstin Andreae betonte, dass im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD die entscheidenden Zeichen für einen Aufbruch fehlten. Sie wies neben der Digitalisierung, die ganzheitlich auch in Hinblick auf Aus- und Weiterbildung gedacht werden müsse, auf die großen Herausforderungen in den Bereichen Fachkräfte, demografische Entwicklung und Energie- und Klimapolitik hin. Im Gespräch mit den Teilnehmern wies ZDB-Präsident Dr.-Ing Hans-Hartwig Loevenstein darauf hin, dass in Zeiten guter Baukonjunktur Maßnahmen zur Absicherung zu treffen seien. Er forderte, die Erkenntnisse zu nutzen, die während der letzten Legislaturperiode in der „Fratzschers-Kommission“ oder in der Reformkommission Großprojekte erarbeitet wurden. Carsten Linnemann versicherte, öffentliche

Investitionen scheiterten nicht mehr an den Finanzierungsmöglichkeiten: „Das Geld ist da“. Vielmehr müsse es jetzt darum gehen, Planungssicherheit zu schaffen. Auch Kerstin Andreae bemängelte den Personal- und Kompetenzmangel in den kommunalen Bauverwaltungen. Dennoch sei die Herausforderung des Investitionsstaus in der öffentlichen Hand bekannt; nun gelte es, gemeinsam an Lösungen zu arbeiten.

Bei einem gemeinsamen Abendessen ging Nicola Beer, Generalsekretärin der Freien Demokraten, in ihrer Keynote Speech auf die Notwendigkeit ein, die soziale Marktwirtschaft auch im 21. Jahrhundert zu verteidigen. Einmal mehr erläuterte sie, dass für ihre Partei bei den „Jamaika“-Sondierungen die Frage entscheidend gewesen sei, bis wohin der Kompromiss vertretbar sei und wo die Selbstaufgabe beginnen würde.

„Wir haben als Politiker nicht die Aufgabe, das ‚Heute‘ zu verwalten, sondern müssen Vordenker sein, Chancen aufzeigen und die Menschen auf dem Weg nach vorne mitnehmen“, so Beer. Sie versicherte, auch aus der Rolle einer Oppositionspartei für einen politischen Aufbruch zu kämpfen. Man könne auch als kleine Kraft eine träge Masse in Bewegung setzen, wenn der Hebel richtig angesetzt sei. Schließlich würdigte sie die gesamtwirtschaftliche Bedeutung von Unternehmern und plädierte für eine andere Gründerkultur: „Wir brauchen als Land eine andere Mentalität, was Veränderung angeht: Wir müssen Chancen sehen, nicht nur Probleme.“

Der zweite Tag des BauForums richtete den Fokus auf kommunale Investitionen.

Prof. Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, ging in seinem Vortrag auf Erfolge wie auf Herausforderungen für die Baubranche in Deutschland ein. Diese seien oft zwei Seiten einer Medaille: „Der Bau boomt und insbesondere im Wohnungsbau sehen wir derzeit eine starke Nachfrage. Allerdings gibt es starke regionale Unterschiede, die wir beachten müssen. Auch haben wir einen hohen Leistungsbilanzüberschuss, der aber gleichzeitig Ausdruck einer Investitionsschwäche in Deutschland selbst ist.“

Deutschland lebe in großen Teilen von der Substanz, kommentierte der Ökonom den Investitionsstau. Man müsse jetzt für Zeiten vorbauen, in denen das Erwerbspoten-

zial geringer und die Produktivität damit niedriger sei. Der Blick auf die Investitionstätigkeit einzelner Kommunen veranlasse zur Sorge, so Fratzscher. „Wir sehen ein zunehmendes Nord-Süd-Gefälle und müssen uns fragen, ob für einzelne Kommunen nicht eine Entschuldung notwendig ist“. Der DIW-Chef ging noch weiter: Angesichts der zu erwartenden demografischen Entwicklung dränge sich die Frage auf, ob einige Kommunen überhaupt erhalten werden können. Fratzscher plädierte aber für eine andere Kausalität. „Wenn wir in den strukturschwachen Kommunen wieder mehr investieren, fördern wir damit auch Zuzug und wirtschaftliche Aktivität“.

Schließlich verwies Fratzscher auf die enorme Bedeutung von Aus- und Weiterbildung vor dem Hintergrund des technologischen Fortschritts und der Digitalisierung. Investitionen in Forschung und Entwicklung seien ebenso zentral wie die Förderung der entsprechenden Infrastruktur, beispielsweise durch flächendeckenden Breitbandausbau. „Die Renditeerwartung von öffentlichen Investitionen ist entgegen der manchmal verbreiteten Skepsis sehr gut“, fasste Fratzscher zusammen.

Die Sicht der öffentlichen Verwaltung legte dann Uwe Zimmermann, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, dar. „Auch Kommunalpolitik sei Politik. Kein einziges städtisches Schwimmbad könnte erhalten werden, wenn es nur nach kaufmännischen Gesichtspunkten beurteilt würde“, relativierte er das bisweilen starke Wirtschaftlichkeitsdenken von Entscheidungsträgern. Zimmermann wies zudem darauf hin, dass die Finanzierungsmöglichkeiten für Kommunen durch den Bund beschränkt seien. „Aus dem Kooperationsverbot muss ein Kooperationsgebot werden“. Investitionen scheiterten außerdem häufig nicht an fehlenden Finanzierungsmöglichkeiten, auch mangelndes Personal in den kommunalen Verwaltungen oder Kapazitätsengpässe in der Baubranche hemmten neue Bauvorhaben. In einem „Masterplan“ verwies er zudem auf die Notwendigkeit, überbordende Regulierung und Administration zu vermeiden und die Digitalisierung endlich als Chance zu begreifen.

Mandy Herrmann, Geschäftsführerin der Schulbau Hamburg/Gebäudemanagement Hamburg, zeigte die Neuorganisation von schulischen Bauinvestitionen in Hamburg



Carsten Linnemann MdB (CDU), Bundesvorsitzender der MIT



Nicola Beer MdB, Generalsekretärin der Freien Demokraten, und ZDB-Präsident Dr.-Ing. Hans-Hartwig Loewenstein



DIW-Präsident Prof. Marcel Fratzscher



Mandy Hermann, Schulbau Hamburg/ Gebäudemangement Hamburg



Uwe Zimmermann, Deutscher Städte- und Gemeindebund



Kerstin Andreae, wirtschaftspol. Sprecherin von Bündnis 90/ Grüne



Die Stärkung öffentlicher Investitionen steht im Mittelpunkt der Veranstaltung.

auf. In einem dreigliedrigen System aus der Finanzverwaltung der Stadt („Vermieter“), der Schulbehörde („Mieter“) und einem Dienstleister für Bewirtschaftung und Bau sei so die Investitionsplanung für das gesamte Stadtgebiet strukturiert. Dies gebe der öffentlichen Hand die Gewissheit, dass die Bedarfe fristgerecht abgedeckt werden und den Baubetrieben Planungssicherheit bei der Kapazitätsauslastung. Herrmann

wies aber auch auf die politische Rahmensezung hin. „Der politische Wille ist notwendig und die entscheidende Kraft bei der Umsetzung solcher Großprojekte. Der Erfolg basiert auf der gemeinsamen Planung“.

In der abschließenden Diskussionsrunde nahm ZDB-Präsident Loewenstein nochmals die kommunalen Verwaltungen in die Pflicht: „Wir sehen leider oft einen Mangel

an Verwaltungshandeln: Die Anforderungen sind nicht klar, Bauland wird nicht zur Verfügung gestellt und auch die fristgerechte Zahlung ist mitunter problematisch“. Dennoch zeigte er sich optimistisch. „Wir stehen bereit!“ (da)

Lohn- und Gehaltstarifrunde im Bau

Die Bau-Tarifvertragsparteien haben am 7. Februar die Tarifverhandlungen zum Neuabschluss der gekündigten Lohn- und Gehaltstarifverträge und der Tarifverträge über ein 13. Monatseinkommen aufgenommen. Die Tarifverhandlungen stehen dabei trotz und wegen der guten Konjunkturlage unter schwierigen Voraussetzungen.

Die Verhandlungspartner gingen mit deutlichen Worten in die Gespräche: Die Konjunkturlage hat die Gewerkschaft IG BAU dazu verleitet, bei der Formulierung der Forderungen einen wahrhaft „kräftigen Schluck aus der Pulle“ zu fordern, wie der IG BAU-Verhandlungsführer selber darstellte. Gefordert werden eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um mindestens sechs Prozent, verbunden mit der Erwartungshaltung, dass bei den unteren Lohngruppen – Lohngruppe 2b im Westen und Lohngruppe 2 im Osten – überproportionale Erhöhungen erfolgen. Gleichzeitig soll aber auch noch ein kräftiger Schritt in Richtung Angleichung der Ost-Tariflöhne und -Gehälter an das Westniveau erfolgen. Daneben fordert die Gewerkschaft eine Erhöhung des bisher anteiligen 13. Monatseinkommens (93 Gesamttarifstundenlöhne) auf ein volles 13. – das wären dann 178 Gesamttarifstundenlöhne. Zudem will man die Erstreckung des tariflichen 13. Monatseinkommens auf die Tarifgebiete des ZDB erreichen, die hier bisher noch weiße Flecken sind: Schleswig-Holstein, Bremen, Niedersachsen, Hessen und Ostdeutschland. Abgerundet wird das Forderungspaket durch die Forderung nach Vergütung von Wegezeiten zu Baustellen ab einer bestimmten Wegezeit und Entfernung auch in den Fällen, in denen keine Übernachtung vor Ort erfolgt. Letzt Punkt: die Erstattung von Fahrt- und Übernachtungskosten, die Auszubildenden entstehen, wenn sie Landes- oder Bundesberufsschulklassen besuchen müssen.

**Seit 2010 sind fast
120.000 Arbeitsplätze
geschaffen worden**

Tatsächlich ist der Bau auf guten Nachwuchs und gute Fachkräfte angewiesen. Dafür zahlt er bereits auch jetzt gute Tariflöhne. Die Ausbildungsvergütungen nehmen vom Niveau her Spitzenplätze ein, gleiches gilt für den Mindestlohn und die übrige tarifliche Vergütung. Und die Beschäftigten haben ein sehr großes Stück vom Kuchen des Baubooms bereits abbekom-



Dietmar Schäfers, stellvertretender Vorsitzender der IG BAU, (l.) mit ZDB-Vizepräsident Frank Dupré vor Beginn der Tarifverhandlung.

men. Seit 2010 sind fast 120.000 Arbeitsplätze geschaffen worden, die Tariflöhne am Bau sind stärker gestiegen als die Verbraucherpreise, so dass netto für die nach Tariflohn bezahlten Beschäftigten über 10 Prozent mehr Geld in der Tasche blieb. Nachholbedarf lässt sich damit eigentlich aus Gewerkschaftssicht nicht reklamieren. Aber das gesamte Forderungsvolumen bewegt sich dennoch in der abenteuerlichen Größenordnung von sage und schreibe 30 Prozent. Das ist schon kein Schluck aus der Bierpulle mehr, sondern ein ganz großes Bierfass. Aber eine derartige Forderung bringt – um im Bild zu bleiben – das Fass zum Überlaufen.

Aufgabe der Tarifpolitik ist es, Mindestarbeits- bedingungen zu schaffen

Denn während Konjunkturkurven für den Bau mal nach oben, mal nach unten zeigen, ist die Bereitschaft, das Tarifniveau in schwierigen Zeiten nach unten zu korrigieren, auf Gewerkschaftsseite nirgendwo sehr groß. Der ZDB als diesjähriger Verhandlungsführer der Arbeitgeber in den Tarifverhandlungen muss daher sehr sorgfältig darauf achten, dass der Bauboom nicht zu Leichtsin in der Tarifpolitik verführt. Aufgabe der Tarifpolitik ist es, Mindestarbeitsbedingungen zu schaffen. Das bedeutet, dass wir immer Spielraum lassen müssen für regionale Arbeitsmarktentwicklungen. Und nicht alles das, was in einzelnen großen Unternehmen gezahlt wird, ist von allen in der Branche verkraftbar und für eine tarifliche Regelung geeignet.

Von daher haben die Bau-Arbeitgeber in der ersten Tarifverhandlungsrunde am 7. Februar 2018 erst einmal kräftig auf die Bremsen getreten. Sie haben dabei konkret analysiert, welche Forderungen tatsächlich in der Tarifrunde zwingend verhandelt werden müssen – Lohn, Gehalt, Ausbildungsvergütung, Ost-West-Angleichung, 13. Monatseinkommen – und welche Forderungsbestandteile Gegenstand noch ungekündigter Tarifverträge sind:

Wegezeitvergütung und Ausbildungskosten. Sie haben auch den Forderungskatalog der IG BAU sehr eindringlich hinterfragt. Und natürlich war auch klar, dass die Einschätzung der wirtschaftlichen Situation und Perspektiven der Branche, der nun notwendigen Reaktionen durch beide Seiten – Arbeitgeber und Gewerkschaften – nicht übereinstimmt. Aber es wäre auch sehr überraschend, wenn man so schnell zu einer Einigung, möglicherweise sogar zu einem Tarifabschluss gefunden hätte.

In der zweiten Verhandlungsrunde, die am 28. Februar und am 1. März in Berlin stattgefunden hat, lag der Schwerpunkt auf dem 13. Monatseinkommen sowie der Ost-West-Angleichung von Löhnen und Gehältern. Aufgrund des umfangreichen Forderungskatalogs der IG BAU, der ein finanzielles Volumen von plus 30 % bedeutet, gestaltete sich die Verhandlung überaus schwierig. Die Arbeitgeber haben ausgehend vom Tarifgebiet Ost den Verteilungsspielraum mit 6 % bei einer Laufzeit von 24 Monaten beziffert. Eine konkrete Ausdifferenzierung für das Tarifgebiet West haben sie dann nicht mehr vorgenommen. Die Gewerkschaft war nicht bereit, darüber zu diesem Zeitpunkt weiter zu verhandeln.

Dennoch sind beide Seiten bestrebt, in freien Verhandlungen zu einem Abschluss zu kommen. Am Ende muss das Gesamtpaket stimmen. Die Tarifverhandlungen werden am 16. und 17. April fortgesetzt. (jö)



2018
BauMaschinenTag
www.baumaschinentag.de

Baumaschinen live erleben 20. - 22.04.2018

Auf 15.000 qm
Baumaschinen
entdecken!



Forum für Hochbau, Tiefbau und Abbruch in der Bayerischen BauAkademie
Ansbacher Straße 20, 91555 Feuchtwangen, Tageskarte 10,00 Euro, Kinder bis 16 Jahre frei



10. Wohnungsbau-Tag der „Kampagne für den Wohnungsbau“

Am 1. März 2018 fand in Berlin der diesjährige Wohnungsbau-Tag der „Kampagne für den Wohnungsbau“ statt. Im Zentrum des Branchentreffens, das zum 10. Mal Vertreter aus Politik und Wirtschaft zusammenbringt, stand die Frage des Wohnungsmangels.

1,5 Millionen Neubauwohnungen bis 2021 – das ambitionierte Ziel aus dem neuen Koalitionsvertrag droht schon im ersten Jahr verfehlt zu werden. Der Wohnungsbau-Tag bot erneut eine Plattform, über Herausforderungen und Lösungen in der Frage des Wohnungsbaus zu sprechen. Gastgeber war das Verbändebündnis Wohnungsbau, dem auch der ZDB angehört und das sich 2009 am Tiefpunkt der Baufertigstellungen im Jahr 2009 gebildet hat.

Immer wieder wird im politischen Raum geäußert, Deutschland sei zu Ende gebaut. Dass dies eine Fehleinschätzung ist, wird nicht zuletzt durch die steigenden Zuwanderungszahlen gezeigt. In der letzten Legislaturperiode wurde erstmalig die Intention, bezahlbaren Wohnungsbau zu schaffen, mit dem Koalitionsvertrag politisch aufgegriffen. Das Bündnis für bezahlbares Bauen und Wohnen und die Baukostensenkungskommission wurden eingerichtet. Vertreter der Bund-, Länder und Gemeinde-Ebene richteten nun im Rahmen des Wohnungsbau-Tags 2018 den Blick auf die kommenden Herausforderungen.

Gäste auf dem Podium waren neben der geschäftsführenden Bundesbauministerin Dr. Barbara Hendricks unter anderem auch Daniel Günther, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, und Bodo Ramelow, Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt. Auch Berlins Regierender Bürgermeister Michael



Vertreter aller Ebenen der Politik treffen beim Wohnungsbau-Tag zusammen.

Müller und Ina Scharrenbach, Bauministerin in Nordrhein-Westfalen nahmen an dem Fachforum teil, ebenso wie die Oberbürgermeister aus Leipzig, Mainz und Tübingen, Burkhard Jung, Michael Ebling und Boris Palmer und der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags, Helmut Dedy.

Alle Podiumsteilnehmer verwiesen auf die Dringlichkeit, ausreichend preiswerten Wohnungsbau bereitzustellen, um sozialen Spannungen in der Stadtgesellschaft vorzubeugen. Dass in der Thematik des Wohnungsmangels diese Spannungen aber angelegt sind, zeigt ein Blick auf die Zahlen: So braucht es nach Angaben des Verbändebündnisses rund eine Million Wohnungen. Auch wenn im vergangenen Jahr der Wohnungsbau wieder zugelegt hat, ist die Anzahl

an Neubauwohnungen noch deutlich von dem entfernt, was eigentlich benötigt wird – Grund zur Entwarnung gibt es also noch nicht. Daher brauche es weiter die Unterstützung des Bundes im sozialen Wohnungsbau. Barbara Hendricks ging in ihrer Keynote auf die Pläne der neuen schwarz-roten Koalition ein und betonte, dass nur Politik und Baubranche dem Problem des Wohnungsmangels Herr werden könnten.

Die Diskussion zeigt auch, dass ein differenzierter Blick auf die Wohnungsmärkte in Deutschland wichtig ist. Bodo Ramelow weist darauf hin, dass in Thüringen in Hotspots wie Erfurt, Jena und Weimar preiswerter Wohnraum knapp ist, in weiten ländlichen Bereichen hingegen akuter Leerstand droht. Hier braucht es Konzepte, Schwarmstädte durch intelligenten ÖPNV an das Umland besser anzubinden, um den Nachfrage-Druck von den Städten zu nehmen. Die Vertreter der Gemeindeebene machten deutlich, dass es dazu einen ganzen Mix von Maßnahmen braucht. Dazu gehört der Neubau von Wohnungen ebenso, wie die Erüchtigung der Bestände.

Im Rahmen des Wohnungsbautags legten das Pestel-Institut (Hannover) und die Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen (ARGE Kiel) die gemeinsame Studie „Das Baujahr 2018 im Fakten-Check“ vor. Diese beleuchtet die Rahmenbedingungen im Bereich des Wohnungsbaus und mahnt einen enormen Mangel an Sozialwohnungen an (siehe Kasten).



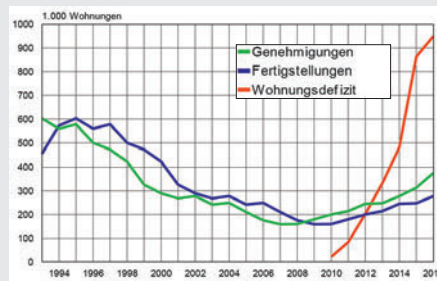
Die Partner des Verbände-Bündnisses bei der gemeinsamen Pressekonferenz

Die Debatte zur Frage des Wohnungsmangels wird immer wieder mit zweifelhaften Argumenten geführt – Deutschland sei fertig gebaut, ist da der Tenor. Zu diesen Thesen gehören beispielsweise:

- „Wohnungsmangel? Die Baugenehmigungen sind doch gut nach oben gegangen!“
- „Wohnungsmangel? Es gibt doch genug leerstehende Wohnungen!“
- „Erst wenn der Wohnungsbau sich deutlich abschwächt, macht eine Förderung Sinn.“
- „Wenn der Staat den bezahlbaren Wohnungsbau fördert, stecken sich die Bauherren und die Bauunternehmen das Geld sowieso nur in die eigene Tasche.“
- „Warum mehr Sozialwohnungen? Es gibt doch das Wohngeld!“
- „Der Bund muss nicht überall seine Finger im Spiel haben: Die Länder regeln den sozialen Wohnungsbau vor Ort besser selbst.“

Um Licht in das vermeintlich Dunkle zu bringen, haben das Pestel Institut (Hannover) und die Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e.V. die Sachlage im Wohnungsbau in einer neuen Studie untersucht. Die Studie, die vom Verbändebündnis Wohnungsbau in Auftrag gegeben wurde, analysiert die politischen und strukturellen Rahmenbedingungen des Wohnungsbaus. Deutliche Erkenntnis:

Genehmigte und fertiggestellte Wohnungen von 1993 bis 2016 sowie die Entwicklung des Wohnungsdefizits seit 2010



Quelle: Statistisches Bundesamt, Pestel Institut

Zwischen den verfügbaren Sozialwohnungen und der potenziellen Anspruchsgruppe klafft eine eklatante Lücke. So haben in Großstädten zwischen einem Drittel und der Hälfte aller privaten Haushalte theoretisch Anrecht auf eine Sozialwohnung. Tatsächlich sind bundesweit aber nur rund sechs Prozent aller Wohnungen als solche ausgewiesen.

Das Verbändebündnis Wohnungsbau fordert daher, dass jede fünfte neu errichtete Wohnung eine Sozialmietwohnung sein muss. Außerdem ist es geboten, dass der Bund seine Mitverantwortung für den sozialen Wohnungsbau behält. Alle drei Ebenen, Bund, Länder und Kommunen sind außerdem aufgerufen, verbilligt Bauland bereitzustellen.

Sie finden die Studie im Volltext unter impulse-fuer-den-wohnungsbau.de

Während der Pressekonferenz des Wohnungsbau-Tags wurde von den Mitgliedern der Kampagne das Bekenntnis der neuen Koalition begrüßt, eine Wohnraumoffensive anzugehen, mit der in der laufenden Legislaturperiode 1,5 Mio. Wohneinheiten geschaffen werden sollen. Auch die Absicht des Bundes, sich wieder im sozialen Wohnungsbau engagieren zu wollen, wird breit unterstützt. ZDB-Präsident Dr. Hans-Hartwig Loewenstein dazu: „Das Problem des bezahlbaren Wohnraums ist mittlerweile erkannt. Wir brauchen nun eine entschlossene Umsetzung.“

Kritisch wurde angemerkt, dass eine Anpassung der steuerlichen Normalabschreibung beim Mietwohnungsbau von zwei auf drei

Prozent keinen Eingang in den Entwurf des Koalitionsvertrags gefunden hat. Immer wieder wird verkannt, dass es sich bei dieser Justierung nicht um eine Förderung, sondern um eine sachgerechte Anpassung handelt, die die Verschiebung der Baukostenanteile vom Rohbau zur Gebäudeausrüstung widerspiegelt, die zu einer Verkürzung der technischen Nutzungsdauer führt.

Die Kampagne für den Wohnungsbau wird in den nächsten Jahren aufmerksam verfolgt, wie die Koalition ihre ambitionierten Ziele umsetzt. Das Verbändebündnis Wohnungsbau ist ein Zusammenschluss des Deutschen Mieterbunds, der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, des Bundesverbands deutscher Wohnungs- und

Immobilienunternehmen, des Bundesverbands Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen, des Bundesverbands Deutscher Baustoff-Fachhandel, der Deutschen Gesellschaft für Mauerwerks- und Wohnungsbau und des Zentralverbands des Deutschen Baugewerbes. (gy)



Wohnungsbau-Know-How in der Polit-Arena



Das Fachforum stößt bereits seit Jahren auf breites Interesse.

Preisverleihung im Wettbewerb „Auf IT gebaut“ 2018



Die Preisträger des Wettbewerbs

Am 21. Februar 2018 wurden im Rahmen der Messe bautec in Berlin die Preisträger des diesjährigen Wettbewerbs „Auf IT gebaut – Bauberufe mit Zukunft“ ausgezeichnet. Der Wettbewerb fand zum 17. Mal statt. Er steht unter der Schirmherrschaft des Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und wird vom ZDB gefördert.

Für eine erfolgreiche Karriere von Nachwuchskräften im Baubereich ist IT-Kompetenz ein Schlüsselfaktor. Der Wettbewerb richtet sich daher an die Fachkräfte von morgen. Teilnehmen können Auszubildende, gewerbliche Ausbildungsstätten, Studenten, Absolventen und junge Berufstätige.

Prämiert wurden innovative und praxisgerechte IT-Lösungen in vier Wettbewerbskategorien:

A. Baubetriebswirtschaft

1. Platz: „Optimierung von Produktionsprozessen nach LEAN-Prinzipien unter Berücksichtigung von Störungen“ (H. Wasemann, TU Hamburg-Harburg)

Gerade im Grundbau kommt es durch abweichende Baugrundverhältnisse und Witterungseinflüsse zu Bauablaufstörungen. Durch die praktische Anwendung von Lean-Prinzipien können Bauproduktionsprozesse optimiert werden. Hierfür wurde ein generisches Prozessmodell einer Bauproduktion entwickelt und in eine Software

implementiert, um Folgen von Störungen zu antizipieren und Bauprozesse hinsichtlich der Prozessstabilität zuverlässiger planen zu können.

2. Platz: „BIM-basierte Anwendung zum Arbeitsschutz für Tablet und HoloLens“ (Projektteam Dr. A. Meins-Becker, Bergische Universität Wuppertal)

Die Preisträger entwickelten ein Arbeitsschutzkonzept, das Mitarbeitern auf der Baustelle per Tablet oder Datenbrille Informationen zum Arbeitsschutz bereitstellt, und zwar passend zum jeweiligen Standort. Auf Basis eines BIM-Modells und unter Einsatz von RFID-Technik werden dem Mitarbeiter in einer App auf dem Tablet oder per Augmented-Reality-Brille standortabhängig Informationen, Hinweise und Warnungen angezeigt: Neben Gebäude-, Standort- und Wetterinformationen, Fluchtwegen, Kontaktdaten des Ersthelfers und der Auftragsübersicht für den Mitarbeiter informiert das System über Gefahren bei der Auftragsausführung sowie angemessene Präventionsmaßnahmen.

3. Platz: „Einsatz des Stands der Technik zur Echtzeit-Digitalisierung der Umwelt in der Baubetriebsdomäne“ (C. Keilwerth, TU Darmstadt)

Die Preisträger untersuchten die sensorgestützte Erfassung von Ist-Bauzuständen mittels Smartphone. Das Smartphone stützt sich auf die von Google entwickelte Tango-Techno-

nologie zur Verarbeitung von Sensordaten. Die mittels Bewegungserfassung generierten Punktwolken können anschließend für einen Soll-Ist Vergleich in einem Bauwerksinformationsmodell verarbeitet werden.

B. Gewerblich-technischer Bereich

2. Platz: „Verknüpfte Lagerhaltung durch Digitalisierung ungenutzter Bauartikel“ (S. Schlögl, Dachdecker)

Der Preisträger entwickelte eine Online-Plattform für gewerbliche Handwerker, die Materialreste abgeben wollen bzw. Kleinstmengen benötigen. In Abgrenzung zu bereits existierenden Online-Marktplätzen verfügt materialrest24.de über die Anbindung an eine Datenbank, die die relevanten Kenngrößen des anzubietenden Materials direkt in die Eingabefelder der Anbieteranzeige einfügt. Dadurch entsteht eine Genauigkeit, die der Beschaffung von Neumaterial gleichkommt und der potentielle Käufer erzielt eine hohe Trefferquote.

3. Platz: „Transdigital Randomize Box“ (Projektteam M. Salzberger, HWK zu Köln) Architekturstudenten und Tischler-Azubis haben in einem interdisziplinären Team das räumliche Konzept Randomize Box / Co-Working Space entwickelt und baulich umgesetzt. Der Grundgedanke des Konzepts orientiert sich an dem OpenSource Prinzip: Dabei werden jedem Nutzer alle Informationen über das System bereitgestellt. Somit soll eine schnellere Weiterentwicklung gewährleistet werden. Die entwickelten Baukästen können zum Beispiel als flexibler Arbeitsraum der Architekten und Tischler genutzt werden.

C. Bauingenieurwesen

1. Platz: „BIM-basierte Modellierung von SHM-bezogenen Prozessen und Algorithmen“ (C. Matthus, Bauhaus-Universität Weimar)

Structural Health Monitoring (SHM) ist eine Methode zur kontinuierlichen Zustandsüberwachung und —bewertung von Infrastrukturbauwerken im Rahmen der Instandhaltung. SHM-Systeme bestehen aus standortunabhängigen Computersystemen und an Bauwerken installierten Sensornetzwerken, die den Zustand von Bauwerken überwachen. Der Preisträger integrierte das SHM in die BIM-Methode.



Die Auszeichnung fand im Rahmen der bautec statt.



Dr. Wolfgang Scheremet, Leiter der Abteilung Industriepolitik im BMWi, würdigt die Preisträger.

2. Platz: „Interface zur Optimierung vorge-spannter Flächentragwerke aus Carbonbeton“ (K. Freymann, J.P. Osman-Letelier, TU Berlin)

Die Optimierung von Strukturen und Prozessen ist ein elementarer Schritt im bewussten Umgang mit beschränkten Ressourcen. Aus diesem Grund hat der Preisträger das Software-Modul GHtoSOFi entwickelt, das als Schnittstelle Architekten und Ingenieure im interdisziplinären Entwurf unterstützt und Form- und Materialoptimierungen von Flächentragwerken ermöglicht, ohne den methodischen Entwurf des Planers zu verändern. Das Bestreben, Räume mit leichten Tragwerken zu überspannen, ist neben der Nachhaltigkeit ein wichtiger Grund für die Entwicklung effektiver Tragwerke.

3. Platz: „Vergleichende Untersuchungen zum Datentransfer per IFC zwischen BIM-Softwaresystemen zur 3D-Gebäudemodellierung und Statikprogrammen“ (L. Beck, Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden)

Die Preisträgerin hat den IFC-Datentransfer zwischen 3D-BIM-Gebäudemodellierungssoftware und Statikprogrammen anhand eines Strukturmodells (Massivbauweise) untersucht, das mit den Programmen Allplan und SOFiSTiK modelliert war. Die Arbeit zeigt, dass Angebot und Qualität der Software für die IFC-Implementierung bei der Tragwerksplanung stark variieren.

3. Platz: „Erweiterung von Brückenmodellen um semantische Informationen auf Basis von IFC-Dateien“ (A. Ellinger, TU Dresden)

Der Preisträger entwickelte ein Konzept, mit dem BIM-Daten um Semantik- und Statikinformationen von Brückenbauwerken erweitert werden können, ohne das bestehende BIM-Schema zu verändern. Für die hierarchische Struktur des Gesamtbauwerks, verallgemeinerte Beziehungen zwischen den einzelnen Bauwerkskomponenten sowie konkrete Bauteileigenschaften wurde mit der Modellierungssprache EXPRESS ein Hilfsschema entwickelt. Für die innerhalb des Schemas eingefügten Objekte und Beziehungen wurden bestehende IFC-Klassen genutzt.

D. Architektur

1. Platz: „Verifizierung von modellbasierten Projektinformationen für Facility Management“ (J. Meulenkamp, TU München)

Der Preisträger entwickelte eine Prüfmethode für Modelle und Modelle in Kombination mit anderen Informationsquellen, die das gesamte Projekt umfasst. Dazu gehören mehrere Komponenten: Die „Checking-Engine“ verifiziert modellbasierte Projektinformationen durch Model View Definitions. Das interaktive grafische „Dashboard“ visualisiert diese Prüfergebnisse, um einen Einblick in den Projektstatus und -fortschritt zu geben und Planungsaufgaben effizienter zu koordinieren. Zur Demonstration des Ansatzes wurde ein Software-Prototyp für das Facility Management entwickelt und validiert.

1. Platz: „Entwerferische Absichten und automatische Entwurfsprozesse in der Flughafenplanung“ (Ph. Schwan, Rheinisch-Westf. Technische Hochschule Aachen)

Die Wettbewerbsarbeit beschäftigt sich mit regelbasierten Entwurfsbewertungen am Beispiel stark normenbestimmter Sonderbauten. Neben der Entwicklung evolutionärer Entwurfsmethoden leistet die Arbeit deren exemplarische rechnerische Umsetzung mittels eines Planungswerkzeuges für die Flughafenplanung sowie deren Evaluierung anhand eines konkreten Entwurfs. Ziel ist es, die Planung dieser Sonderbauten deutlich zu optimieren, indem zum einen Normen und Vorgaben (z. B. zum Brandschutz) für den Entwurf in einem BIM-Modell bewertet, eingeordnet und überprüft werden können. Zum anderen sollen schon in der Entwurfsphase Parameter, wie beispielsweise Sichtbeziehungen, überprüft werden können.

3. Platz: „Datenmanagement in der Architektur“ (Ch. Langenhan, TU München)

Der Preisträger entwickelte ein Entwurfswerkzeug zur rechnergestützten Organisation und Recherche von Entwurfsinformationen in einem wissensbasierten System.

Die Nutzung graphenbasierter Datenstrukturen, die aus Bauwerksmodellen extrahiert werden, ermöglicht dabei die skizzenhafte, graphische Formulierung von Suchanfragen an den Wissenspool. Dabei werden komplexe Bauwerksinformationen separiert und gespeichert und können je nach Bedarf bei jeder Recherche neu zusammengesetzt werden. (mar)

1. Obermeister- und Unternehmertag des Bundesverbandes Ausbau und Fassade

Mehr als 130 Obermeister und Unternehmer der Branche bei der ersten Veranstaltung in Berlin

Die Herausforderung des Marktes für die Betriebe aufzuzeigen, innovative Lösungen vorzustellen und zu diskutieren, aber auch mögliche Ausrichtungen und Anpassungen von Leistungen der Verbandsorganisation zu veranschaulichen, war Hintergrund und Ziel des 1. Obermeister- und Unternehmertages des BAF, so Rainer König, Vorsitzender des Bundesverbandes Ausbau und Fassade im ZDB (BAF).

Mehr als 130 Teilnehmer folgten der Einladung in die Bundeshauptstadt. Durch das Programm des 1. Obermeister- und Unternehmertages des BAF führte Ulrike Trampe, Chefredakteurin der DW DIE Wohnungswirtschaft.

Der Erfahrungsaustausch mit innovativen Unternehmen des Stuck-, Putz- und Trockenbaugewerkes stand im Mittelpunkt der Veranstaltung. Im Rahmen der Podiumsdiskussion stellten erfolgreiche Unternehmer der Branche praxisorientierte Themenbereiche der Branche vor.

Hermann Blattner erläuterte, wie der Ausbau-Manager zur Generierung und Motivation von Nachwuchsführungskräften genutzt werden kann und so, mit neuen Ideen und Impulsen das Unternehmen voranbringt.

Der Nutzen mediativer Kompetenzen, so Klaus-Dieter Müller, liegt nicht nur in der Verbesserung der Kommunikation und dem Miteinander von Mitarbeitern, sondern kann auch für die Förderung der Beziehung zu Kunden als sehr positiv gesehen werden. Wichtig sei, dass die Unternehmensführung dieses Thema besetze und nicht delegiere.

Wie der Unternehmenserfolg sich mit einem Vizeeuropameister und dessen Vermarktung steigern lässt, zeigte Gerd Reingen auf. Aber man kann nicht nur ernten, man muss auch investieren. Schließlich bedeuten die Mitgliedschaft eines Mitarbeiters im Nationalteam und die Teilnahme an internationalen Wettbewerben auch damit einhergehende Trainings- und Weiterbildungszeiten im Unternehmen.

Dies würde sich jedoch in jedem Fall lohnen, so Gerd Reingen, da das Image des Betriebes und die Motivation des Mitarbeiters steige. Um neue Mitarbeiter zu gewinnen, ist mehr



V.l.: Ulrike Trampe, Chefredakteurin „DW DIE Wohnungswirtschaft“, Ralf Thießen, GEFAS Gesellschaft für Akustik und Systembau mbH, Hermann Blattner, Gröber GmbH & Co. KG, Klaus Müller, K. Rogge Spezialbau GmbH, Moritz Skala, SKALA Akustik-Decken GmbH, Gerd Reingen, Stuckateurbetrieb Gerhard Reingen.

unternehmerisches Engagement in den Schulen der Region erforderlich. Ralf Thießen zeigte hierzu praxiserprobte Möglichkeiten auf und motivierte die Teilnehmer zur Nachahmung.

Die Digitalisierung von Fahrzeugen, Werkzeugen und Prozessen im Stuck-, Putz-, Trockenbaubetrieb stand bei Moritz Skala im Mittelpunkt seiner Präsentation. Wichtig sei hierbei, die Mitarbeiter einzubinden und somit die Akzeptanz und den Nutzen zu erhöhen. Vor der „blinden Digitalisierung“ von Prozessen sollte die Analyse dieser stehen, so Moritz Skala.

In der abschließenden Podiumsdiskussion forderten die Unternehmer von der Politik faire Wettbewerbsbedingungen, mehr Fachkompetenz in öffentlichen Vergabestellen und den Brand- und Schallschutz im Trocken- und Leichtbau wieder in Meisterhände zu legen, um die Qualität in diesem sensiblen Bereich zu sichern.

Dass auch Innungen und Landesverbände aktiv sind und ihre Strukturen und Dienstleistungen neu ausrichten können, zeigten für Nordrhein und Westfalen Jörg Ottemeier und Michael Walloschek auf. Stuckateuringen können u. a. durch die Initiierung von Juniorenkreisen, Veranstaltungsreihen wie „Tag der Technik“ aktivieren und dadurch neue Mitglieder gewinnen.

Einen „Kümmerer“ braucht es, um neue Mitglieder zu gewinnen oder inaktive Mitglieder zu reaktivieren. Stephan Bacher stellte ein Maßnahmenpaket vor, mit dem

der SAF in den vergangenen Jahren sehr erfolgreich war und bereits über 200 neue Mitglieder gewinnen konnte.

Abschließend berichtete Luisa Blattner sehr frisch als angehende Ausbaumanagerin ihre Motivation sowie ihren persönlichen Nutzen, den sie aus dem stuckateurspezifischen Managementbildungsgang zieht. In drei Jahren ermöglicht das Bildungsangebot für Abiturienten die Kombination aus Stuckateur- und Meisterausbildung, erweitert um führungs-kraftspezifisches Know-how.

Eingerahmt wurde der 1. Obermeister- und Unternehmertag des BAF durch zwei hochkarätige Vorträge, die die Bedeutung der Mitarbeitermotivation und Führung durch Thomas Wollner, CEO der Rosenberger Gruppe, als auch des Schaffens von Motivation als Basis des aktiven unternehmerischen Handelns durch Matthias Aumann, Vorsitzender Vorstand aumann:grün AG, als unternehmerimmanente Themen herausstellten.

Das festliche Highlight des 1. Obermeister- und Unternehmertages des BAF war der Branchenabend in der Kalkscheune mit der Verleihung des Branchentitels Stuckateur des Jahres 2018. Ein weiterer Höhepunkt der Veranstaltung war der Ausscheidungswettbewerb des Nationalteams der Stuckateure Deutschlands für die EuroSkills im September 2018 in Budapest.

Unterstützt wurde der 1. Obermeister- und Unternehmertag des Bundesverbandes Ausbau und Fassade durch die Unternehmen quick-mix und Protektor. (vo)

Bauministerkonferenz informiert über mögliche gesundheitliche Risiken bei Holzschutzmitteln

Bis in die 1980er Jahre verwendete Holzschutzmittel können Wirkstoffe enthalten, die heutzutage verboten sind und eventuell mit gesundheitlichen Risiken verbunden sein können.

Die Bauministerkonferenz weist Eigentümer von Bestandsbauten, die vor 1980 errichtet wurden, auf die mögliche Verwendung von heutzutage verbotenen Holzschutzmitteln hin. Diese Holzschutzmittel sind eventuell mit gesundheitlichen Risiken verbunden. Daher empfiehlt die Bauministerkonferenz Gebäudeeigentümern, den mit Holzschutzmitteln belasteten Bereiche zu prüfen, ob in konkreten Einzelfällen eine akute Gefährdung durch die verwendeten Biozide besteht. Dies komme insbesondere bei Umbau oder Sanierung infrage.

Zu den am häufigsten eingesetzten Holzschutzmittelwirkstoffen, bei denen eine Gesundheitsgefährdung anzunehmen ist, gehört Pentachlorphenol (PCP). Gerade bei begründetem Verdacht des Einsatzes dieses Wirkstoffes ist die sogenannte PCP-Richtlinie, welche auf den Seiten www.dibt.de abgerufen werden kann, zu berücksichtigen. Dort finden Sie auch weiterführende Hinweise, wie mit einem Verdacht auf andere heute verbotene Wirkstoffe umgegangen werden kann.

Um Gefährdungen von Mensch und Umwelt durch biozide Produkte auszuschließen, fordert die Fachgruppe Holzbau Deutschland im ZDB schon seit Langem, Bauteile überwiegend mit konstruktiven Holzschutzmaßnahmen zu schützen. Seit

2011 kommen die weitgehend in allen Bundesländern eingeführten Holzschutznormen DIN 68800-1:2011-10 und DIN 68800-2:2012-02 dieser Forderung entgegen. Bauliche Maßnahmen zum Schutze des Holzes müssen an Aufenthaltsraum angrenzenden Bauteilen immer angewendet werden. Durch die konsequente Einhaltung der Regel, Wasser vom Gebäude fernzuhalten oder schnell abzuleiten, verbunden mit der Verwendung von technisch getrockneten Holzsortimenten, erübrigen sich weitere Holzschutzmaßnahmen bioziden Holzschutzmitteln in der Regel von selbst. (gl)

Neuregelung zur Entsenderichtlinie ist überzogen!

Zu der am 28. Februar 2018 bekannt gewordenen Einigung im Trilogverfahren zur Neuregelung der Entsenderichtlinie erklärte der Hauptgeschäftsführer des Zentralverbands Deutsches Baugewerbe, Felix Pakleppa:

„Die neuen Regelungen sind in der Praxis schwer zu kontrollieren. Ursprünglich war es Ziel der Entsenderichtlinie den ‚Arbeitnehmern ein Mindestmaß an Schutz‘ zukommen zu lassen. Nun sollen neben dem Mindestlohn weitere Vergütungsbestandteile in die Richtlinie einbezogen werden. Dieses steht dem ursprünglichen Ziel der Richtlinie entgegen.“

Wir stellen in der Praxis fest, dass der Zoll und die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) bereits heute nicht in der Lage sind, die Einhaltung des Mindestlohns flächendeckend zu kontrollieren. Wie wird das erst aussehen, wenn die FKS die Einhaltung weiterer Vergütungsbestandteile wie z.B. Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschläge kontrollieren soll?

Wir sind sehr dafür, dass entsandte Arbeitnehmer zu denselben Lohnkosten auf deutschen Baustellen arbeiten wie unsere heimischen Facharbeiter. Da aber die Sozialabgaben wie auch die Steuerbelastung für ausländische Arbeitnehmer weiterhin

deutlich niedriger sind als für deutsche Beschäftigte, wird dieser Zustand auch mit der geänderten Entsenderichtlinie nicht erreicht werden.

Wenn die EU-Kommission den Schutz entsandter Arbeitnehmer wirklich ernst meint, sollte sie die geplante Dienstleistungskarte zumindest für die Baubranche nicht weiter verfolgen, da hiermit der Scheinselbständigkeit und damit dem Unterlaufen von Mindeststandards Tor und Tür geöffnet wird.“

Bereits seit geraumer Zeit wurde über eine Revision der Entsenderichtlinie diskutiert. Die Entsenderichtlinie wurde im Jahre 1996 erlassen, um einen fairen Wettbewerb im Rahmen der Erbringung von grenzüberschreitenden Dienstleistungen zu sichern. Der Regelungsansatz der Richtlinie liegt darin, hinsichtlich eines harten Kerns von Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen das sogenannte Arbeitsortprinzip einzuführen. (ka)



Zertifizierung Bau GmbH

kompetent unabhängig praxisnah

Partner der Bauwirtschaft



Unsere Leistungen

Zertifizierungen

- Qualitätsmanagement-Systeme nach DIN EN ISO 9001
- SCC-Standard (Sicherheits-Certifikat-Contractoren)
- BS OHSAS 18001 (Occupational Health- and Safety Assessment Series)
- Umweltmanagement nach DIN EN ISO 14001
- Fremdüberwachung Kanalbau (gleichwertig zu RAL-GZ 961)
- Rohrleitungsbau nach DVGW-AB GW 301 und DVGW-AB GW 302
- Fernwärmebau nach AGFW-AB FW 601
- Leitungstiefbau nach DVGW-AB GW 381 / AGFW-AB FW 600 / VDE-AR-N 4220
- Brunnenbau nach DVGW-AB W 120-1
- Geothermie nach DVGW-AB W 120-2
- Entsorgungsfachbetriebe nach EfbV
- Nachhaltige Gebäude nach BNB
- Trägerzulassung Bildungsträger nach AZAV § 2 (Kooperation mit Partnern)
- Kampfmittelondierung nach Merkblatt 11 der Behörde für Umwelt und Energie der Freien und Hansestadt Hamburg

Präqualifikation

- Präqualifikation VOB gem. Leitlinie BMUB
- Auftragsunabhängige Registrierung für Baumaßnahmen der FRAPORT AG

weitere Dienstleistungen

- Prüfung und Überwachung von Compliance-Maßnahmen
- Seminare / Schulungen / Info-Veranstaltungen
- Überwachungen für Verein Bauen mit IQ, Berlin und Bayern
- Koordination der Aktion Meisterhaft
- Dienstleistungen für RAL-Gütegemeinschaft Friedhöfe

in Vorbereitung

- Produktkettenzertifizierung (COC) nach FSC-Standard (Forest Stewardship Council)

Akkreditierungen / Anerkennungen

- DAkkS: Registriernummer: D-ZM-16004-01-00 (QM nach DIN EN ISO 9001, UM nach DIN EN ISO 14001, SGU nach SCC-Standard, Arbeits-, Sicherheits- und Gesundheitsschutz nach BS OHSAS 18001)
- DAkkS: Registriernummer: D-ZE-16004-01-00 (Zertifizierung nach DVGW GW 301, GW 302, W 120, AGFW FW 601, Fremdüberwachung Kanalbau)
- Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz: Technische Überwachungsorganisation i. S. § 56, Abs. 5 KrWG (Entsorgungsfachbetriebe)
- Anerkannte Präqualifikationsstelle gemäß Leitlinie des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

VOB/B bleibt zunächst unverändert

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) hat mit Pressemitteilung vom 24. Januar 2018 bekanntgegeben, dass die VOB/B nach Inkrafttreten des gesetzlichen Bauvertragsrechts am 1. Januar 2018 zunächst unverändert bleiben soll.

Der Deutsche Vergabe- und Vertragsausschuss für Bauleistungen (DVA) hatte durch sein Arbeitsgremium untersuchen lassen, ob vor dem Hintergrund des neuen gesetzlichen Bauvertragsrechts die VOB/B aktualisiert werden sollte. Die Fachexperten der öffentlichen Auftraggeber aus Bund, Ländern und Kommunen sowie der Bauwirtschaftsverbände hatten hierzu mehrheitlich beschlossen, dass das am 1. Januar 2018 in Kraft getretene Bauvertragsrecht im BGB zunächst keine Änderungen bei der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen Teil B (VOB/B)

nach sich ziehen soll. Tragender Gedanke hierbei war insbesondere, dass neben der Rechtsunsicherheit, die mit dem Inkrafttreten des neuen BGB-Bauvertragsrechts einhergeht, nicht auch noch im Anwendungsbereich der VOB-Verträge Rechtsunsicherheit geschaffen werden sollte. Vor einer Weiterentwicklung der VOB/B sollte zunächst die aktuelle Diskussion zum BGB-Bauvertragsrecht in Fachwelt und Rechtsprechung, insbesondere unter AGB-rechtlichen Aspekten, beobachtet werden. Neuregelungen in der VOB/B wären zum aktuellen Zeitpunkt verfrüht.

Um die in § 310 Abs. 1 S. 3 BGB normierte Privilegierung der VOB/B aufrecht zu erhalten, ist es notwendig, die VOB/B als Ganzes im Vertrag zu vereinbaren. Die Praxis kann bei Verwendung der VOB/B als Ganzes von der bisherigen Rechtssicherheit der bekannten und bewährten VOB/B-

Regelungen profitieren. Lediglich bei Abweichungen von der VOB/B im Vertrag ist die Inhaltskontrolle eröffnet, die durch das Inkrafttreten des gesetzlichen Bauvertragsrechts ein neues gesetzliches Leitbild erhalten hat. (ds)

Bauträger-Altfälle: Keine Nachzahlungszinsen für Bauunternehmer

Entwarnung für Bauunternehmer: Auf Einwirken des ZDB hin sieht das Finanzministerium nun auf Antrag von der Forderung von Nachzahlungszinsen für Bauträger-Altfälle ab.

In „Direkt“ 04/2017 informierten wir zur Abwicklung der Bauträger-Altfälle im Rahmen der Steuerschuldumkehr bei Bauleistungen nach § 13 b UStG. Ein Schreiben des Bundesfinanzministeriums brachte für betroffene Bauunternehmer die dringend erforderliche Klarstellung. Zwischenzeitlich tauchte in diesem Zusammenhang ein weiteres Problem auf.

Kommt es zu Verzögerungen bei der nachträglichen Umsatzsteuerfestsetzung gegenüber dem leistenden Bauunternehmer durch die Finanzämter, können dabei Nachzahlungszinsen entstehen, bevor der Bauunternehmer selbst über den Erstattungsantrag des Bauträgers und der daraus für ihn resultierenden Umsatzsteuerschuld informiert werden konnte.

Teilweise handelt es sich um sehr hohe Beträge. Der Bauunternehmer hatte aber keine Möglichkeit, durch Abtretung der Umsatzsteuerforderung gegen den Bauträger an das Finanzamt der Verzinsung entgegenzuwirken. Anträge aus Erlass dieser Zinsen werden von der Finanzverwaltung abgelehnt.

Deshalb übermittelte der ZDB dem Bundesfinanzministerium den einschlägigen Fall eines Mitgliedsunternehmens und machte sich dafür stark, dass Nachzahlungszinsen erlassen werden. Mit Schreiben vom 5. Februar 2018 teilte das Bundesfinanzministerium als Ergebnis der Abstimmung mit den Bundesländern mit, dass aus Vertrauensschutzgründen keine Belastung der leistenden Unternehmer mit Zinsen erfolgen soll. Nachzahlungszinsen werden auf Antrag aus sachlichen Billigkeitsgründen erlassen. Damit konnte durch den Einsatz des ZDB eine Lösung im Sinne der betroffenen Betriebe gefunden werden. (ros)

Vermischtes

Besuch aus Äthiopien

Im März 2018 war der Staatsminister des äthiopischen Bauministeriums zu Besuch in Berlin um sich über die Lobbyarbeit des ZDB zu informieren. Im Fokus standen hierbei auch die Themen Mindestlöhne, Berufsausbildung sowie deren Finanzierung.



Bauministerin Hendricks informiert sich über Trends in der Baubranche

Vom 20. bis zum 23. Februar 2018 fand in Berlin die Fachmesse „bautec“ statt. Beim Eröffnungsrundgang der geschäftsführenden Bundesbauministerin Dr. Barbara Hendricks war auch Felix Pakleppa, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbands des Deutschen Baugewerbes mit dabei. Schwerpunkte der Messe, die alle zwei Jahre Neuheiten in der Baubranche thematisiert, waren dabei das serielle und modulare Bauen.



Begegnungen mit der Politik

In dem dynamischen Ambiente der „Station Berlin“, einem ehemaligen Bahnhofsgelände, veranstaltete die CDU am 26. Februar 2018 ihren 30. Bundesparteitag. Zentrales Thema war die Verabschiedung des Koalitionsvertrags sowie die Wahl der neuen Generalsekretärin der CDU, Annegret Kramp-Karrenbauer. Am Rande des Programms bot sich die Gelegenheit für zahlreiche Gespräche mit Vertretern der Partei, wie beispielsweise mit Dr. Carsten Linnemann, Vorsitzender der CDU Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung



Felix Pakleppa, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbands des Deutschen Baugewerbes, und Michael Kellner, Bundesgeschäftsführer der Partei Bündnis 90/ Grüne, diskutierten Anfang März aktuelle Themen des Baugewerbes, u.a. Fragen zum Ausbildungswesen und zum Meisterbrief.



ZDB DIREKT goes digital: Neue App „Bau-Kiosk“

Der ZDB erweitert sein Kommunikations- und Informationsangebot: Ab sofort finden sich alle kostenfreien Publikationen des Verbands gebündelt in einer App.

Die hauseigenen Veröffentlichungen wie die sechsmal jährlich erscheinende Mitgliederzeitschrift „ZDB-Direkt“, der Jahresüberblick zur gesamtwirtschaftlichen Lage des Baugewerbes in Deutschland „Baumarkt“, der „Geschäftsbericht“ mit einem Überblick über die Ergebnisse und politischen Ereignisse der Baubranche sowie weitere themenbezogene Publikationen sind so mobil verfügbar und können bequem von unterwegs gelesen werden.

Die neue App bietet viele praktische Vorteile: Neben den jeweils aktuellen Ausgaben der Verbandspublikationen stehen dem Leser auch frühere zur Verfügung, welche sich einfach per Erscheinungsjahr filtern lassen. Durch eine detailgenaue Suchfunktion kann der „Bau-Kiosk“ als umfassendes thematisches Verzeichnis zu diversen brancheninternen Themen genutzt werden. Die Plattform wird also zum praktischen Helfer, ohne dass die Zeitschriften und Broschüren aufwendig archiviert werden müssen. Durch ein benutzerfreundliches Look-and-Feel wird zudem ein hoher Lesekomfort gewährleistet. Einzelne Beiträge sind darüber hinaus mit Links zu Bildergalerien, Videos oder Pressemitteilungen

angereichert und bieten so vertiefende Informationen. Ein weiteres Plus: Der Download der App ist kostenfrei.

Der im Apple App Store, im Google Play Store und bei Amazon verfügbare „Bau-Kiosk“ bietet damit die Möglichkeit, sich bequem über alle verbandspolitischen Nachrichten und brancheninterne Neuerungen zu informieren.

Nachdem der ZDB bereits in den sozialen Netzwerken Facebook, Instagram, Youtube und Twitter vertreten ist und direkte Einblicke in die Verbandsaktivitäten gibt, baut der Verband mit der neuen App seine Onlinepräsenz weiter aus. Wer aber die analoge Fassung der digitalen Version vorzieht, kann natürlich weiterhin alle ZDB-Angebote auch klassisch in der Printausgabe lesen. (da)



Buchtipps MeTime: Philosophie für mehr Erfolg

Der Unternehmer und Autor Thomas Graber, der auch im Vorstand der Bundesfachgruppe Wärme-, Kälte-, Schall- und Brandschutz im ZDB aktiv ist, stellt sein neues Buch „MeTime“ vor.

Immer schneller, höher, weiter. Es wird immer mehr, um das man sich alles kümmern muss, sagt Unternehmer und Autor Thomas Graber. Alles muss noch schneller, noch effizienter erledigt werden. Doch: Das Gefühl, keine Zeit mehr zu haben, allen gerecht werden zu müssen und immer zu funktionieren, mache den Menschen krank. Erholung, Sport und Freizeit sollen die Wunden heilen. Die Idee der MeTime-Philosophie, die Graber in seinem Buch beschreibt, ist, sich nicht von seinem Beruf

erholen zu müssen, sondern nach Strategien und Lösungen zu suchen, um in allen Lebenslagen – auch im Beruf – „MeTime“ zu haben. Denn: Alles, was hilft, die Batterien aufzutanken, macht fit und glücklich. „MeTime“ heißt Zeit für mich.



Was dabei wichtig ist: MeTime ist mehr als nur ein paar Tipps für die tägliche Arbeitsorganisation, sondern eine Philosophie, die in ganz viele Bereiche des Lebens eingreift. Graber: „Ein bisschen mehr Organisation, ein bisschen mehr Struktur und ein bisschen mehr Egoismus.“ Und er verspricht: „Wer MeTime konsequent anwendet, der wird am Ende nicht nur mehr Zeit, sondern gleichzeitig auch mehr Erfolg haben.“

Thomas Graber:
„MeTime – eine Philosophie für mehr Lebensqualität“
Holzmann-Medien, 2017
ISBN 978-3-7783-1225-4
84 Seiten, 17,90 €

Bauhauptgewerbe Deutschland

Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten (per Dezember 2017) – Stand März 2018

Baugewerblicher Umsatz				
nach Bauart, in Mio. Euro	2017	2017	Veränderung 2017/2016 in %	
	Dez.	Jan. – Dez.	Dez.	Jan. – Dez.
Hochbau	4.248,5	43.080,0	1,1	9,8
Tiefbau	3.445,9	33.815,3	1,8	6,8
Wohnungsbau	1.794,7	18.336,8	5,9	11,6
Wirtschaftsbau	3.308,5	32.145,2	1,3	8,4
Öffentlicher Bau	2.591,1	26.413,3	-1,3	6,5
Insgesamt	7.694,4	76.895,3	1,4	8,5

Beschäftigte (Anzahl)				
	2017	2017	Veränderung 2017/2016 in %	
	Dez.	Jan. – Dez.	Dez.	Jan. – Dez.
Insgesamt	440.779	441.984	5,4	5,9

Geleistete Arbeitsstunden				
nach Bauart, in Millionen	2017	2017	Veränderung 2017/2016 in %	
	Dez.	Jan. – Dez.	Dez.	Jan. – Dez.
Hochbau	17,9	271,6	1,1	6,2
Tiefbau	17,1	264,2	-1,6	3,3
Wohnungsbau	8,4	130,0	0,3	7,8
Wirtschaftsbau	14,2	210,9	1,8	5,0
Öffentlicher Bau	12,4	194,9	-2,8	2,5
Insgesamt	35,0	535,7	-0,2	4,7

Auftragseingang (in Mio. EUR)				
Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten	2017	2017	Veränderung 2017/2016 in %	
	Dez.	Jan. – Dez.	Dez.	Jan. – Dez.
Hochbau	3.943,2	39.063,1	31,1	6,7
Tiefbau	2.643,3	33.207,4	15,3	6,4
Wohnungsbau	1.616,3	16.037,7	39,8	5,0
Wirtschaftsbau	2.913,0	29.445,3	21,7	6,9
Öffentlicher Bau	2.057,2	26.787,5	17,5	7,2
Insgesamt/nominal	6.586,5	72.270,5	24,3	6,6

Quelle: Statistisches Bundesamt

Termine 2018

22. März 2018	Baustoff-Recycling-Kongress der EQAR	Wien, Österreich
10. April 2018	Holzbau Deutschland Fachversammlung	Berlin
12. bis 13. April 2018	69. Deutsche Brunnenbauertage	Ascheberg-Davensberg
13. und 14. April 2018	Deutsche Sachverständigen-Tage für Holzbau und Ausbau	Fischen im Allgäu
24. April 2018	ZDB-Ausschuss Umwelt, Technik, Unternehmensentwicklung	Berlin
6. bis 10. Mai 2018	Bundesfachgruppe Betonwerkstein, Fertigteile, Terrazzo und Naturstein – Studienreise (Durchführung nur bei ausreichend Interessierten)	Polen
13. bis 16. Juni 2018	Stone+tec	Nürnberg
6. und 7. September 2018	Jahrestagung der Bundesfachgruppe Betonwerkstein, Fertigteile, Terrazzo und Naturstein	Fulda
25. September 2018	ZDB-Ausschuss Sozial- und Tarifpolitik	Berlin
26. bis 30. September 2018	EuroSkills 2018	Budapest, Ungarn
8. und 9. November 2018	Deutscher Baugewerbetag und Deutscher Obermeistertag	Berlin

Geburtstage

Dipl.-Ing. **Detlef Börner**, Vorstandsmitglied der Bundesfachgruppe Fliesen und Naturstein im ZDB und Mitglied im Technischen Ausschuss des Fachverbands Fliesen und Naturstein, vollendete am 1. März 2018 sein 60. Lebensjahr.

Am 28. März 2018 feiert **Peter W. Baum**, Vorsitzender der Bundesfachgruppe Wärme-, Kälte-, Schall- und Brandschutz im ZDB, seinen 60. Geburtstag.

Impressum

Chefredaktion: Dr. Ilona K. Klein
Redaktion: Daniel Arndt

AutorInnen: Katrin Kandaouroff, Dr. Andreas Geyer, Roland Glauner, Iris Jacke, Heribert Jöris, Regine Maruska, Barbara Rosset (Gewerbespez. Informationstransferstelle, gefördert durch die Bundesrepublik Deutschland; Zuwendungsgeber: BMWi aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages), Dunja Salmen, Rudolf Voos.

Titelfoto: ZDB/Christoph Assmann

Fotos: ZDB/Tobias Koch (S. 3), ZDB/Christoph Assmann (S. 5, S. 9 oben links, unten links), ZDB/Sebastian Zimmer (S. 6 links, S. 7), ZDB/Hans-Georg Stutz (S. 6 rechts), ZDB/Claudius Pflug (S. 9 oben rechts, Mitte, unten rechts), ZDB/Ilona Klein (S. 10), Verbände bündnis Wohnungsbau | Berlin (S. 12/13), BILD-KRAFTWERK.de (S. 14/15), ausbau+fassade/Dolt (S. 16), Pixabay (S. 17), ZDB/Kathrin Kandaouroff (S. 20 oben), Messe Berlin GmbH (S. 20 Mitte), ZDB/Iris Jacke (S. 20 unten)

Zentralverband des Deutschen Baugewerbes
Kronenstraße 55 - 58, 10117 Berlin
Telefon 030 20314-408
Telefax 030 20314-420
E-Mail presse@zdb.de

ISSN 1865-0775

Aus dem Verband

Holzbauunternehmer Rolf Kuri, Walter Maiß und Josef Schlosser mit Goldener Ehrennadel ausgezeichnet

Die drei Holzbauunternehmer Rolf Kuri aus Schopfheim in Baden-Württemberg, Walter Maiß aus Homberg (Ohm) in Hessen und Josef Schlosser aus Jagstzell in Baden-Württemberg wurden beim Holzbau Deutschland Treff 2018 mit der Goldenen Ehrennadel ausgezeichnet. Die „Goldene Ehrennadel“ ist die höchste Auszeichnung, die Holzbau Deutschland – Bund Deutscher Zimmermeister im Zentralverband des Deutschen Baugewerbes an Persönlichkeiten verleiht, die herausragende Leistungen für den Holzbau erbracht haben.

FHMB- Vorstand neu gewählt, Thomas Sander als Vorsitzender bestätigt.

Auf seiner Frühjahrssitzung am 01. März 2018 hat der Fachverband Hoch- und Massivbau im ZDB turnusgemäß Neuwahlen abgehalten. Thomas Sander als Vorsitzender des FHMB wurde wieder gewählt. Das langjährige Mitglied im Vorstand, stellvertretender Vorsitzender und Obmann des Arbeitskreises Mauerwerksbau Rainer Burkert, trat nicht mehr an. An seiner Stelle konnte mit Carsten Wagner ein junges, neues Mitglied für den Vorstand gewonnen werden. Alle weiteren Mitglieder im Vorstand wurden im Amt bestätigt.



www.zdb.de
ISSN 1865-0775